

Voigtländischer Anzeiger.

Am t s b l a t t

für das Königliche Bezirksgericht zu Plauen, sowie für die Königlichen Gerichtsämter und Stadtrathe zu Plauen, Bausa, Eisterberg, Schöneck und Mühltröff.

Dreiundsiebenzigster Jahrgang.

Verantwortliche Redaction, Druck und Verlag von Moriz Wieprecht in Plauen.

Dieses Blatt erscheint wöchentlich viermal, und zwar Dienstags, Mittwochs, Donnerstags und Sonnabends. Jährlicher Abonnementspreis, welcher pränumero zu entrichten ist, auch bei Bezieher durch die Post, 1 Rthl. 26 Ngr. — Annoncen, die bis Vormittags 11 Uhr eingehen, werden in die Tage darauf erscheinende Nummer aufgenommen, später eingehende Annoncen finden in der nächstfolgenden Nummer Aufnahme. — Inserate werden mit 1 Ngr. für die gespaltene Corpus-Zeile berechnet. Einzelige mit 2 Ngr. — Für die auswärtigen Königl. Gerichtsämter und Stadtrathe, für welche der Voigtländische Anzeiger Amtsblatt ist, bestehen die Geschäftsstellen in Bausa bei Herrn Bürgermeister Lehmann, in Eisterberg bei Herrn C. A. Diezel, in Schöneck bei Herrn Eduard Meyer, in Mühltröff bei Herrn Chauffeegeher-Einnehmer Holzmillner.

Sonnabend.

N^o 81.

24. Mai 1862.

So oft, wie jetzt die Worte „Kassel“ und „Kurhessen“ an einem Tage gesprochen, geschrieben und gedruckt werden, ist dieß in den letzten zwölf Jahren zusammen kaum geschehen, obwohl doch die kurhessische Verfassungsfrage während dieser langen Zeit ein stereotyper Zeitungsartikel war. Kein Wunder, da man allgemein hofft, jene leidige Frage werde endlich einmal so oder so, im Guten oder Bösen zum Austrag gebracht werden. Was die deutschen Volksstämme anlangt, so wünschen diese wohl sammt und sonders, daß die Verfassung von 1831 mit dem Wahlgeseze von 1849 wiederhergestellt werde; die deutschen Regierungen sind wohl der großen Mehrzahl nach auch für Wiederherstellung jener Verfassung; aber selbst Preußen nicht für Wiederherstellung des Wahlgesezes von 1849, unseres Wissens befürworten diese nur Württemberg, Baden und noch einige kleinere. Ob aber die etwas langsam arbeitende Bundestagsmaschine allmählig und mit möglichster Rücksicht auf die kurhessische Regierung, oder ob General Schack mit seinen Bichelhauben soldatisch, d. h. kurz und bündig jene Verfassung wiederherstellen werde, darüber läßt sich noch nichts sagen, da es scheint, als ob das Aufstellen zweier preuß. Corps manchen Bundesregierungen, namentlich aber Oesterreich, durchaus nicht gefalle und man gewünscht habe, durch den Bundestag und, wenn nöthig, durch Bundesexekution dort Ordnung zu schaffen. Es wird sich nun bald ausweisen, ob Preußen auf eigene Faust in Kurhessen einrücken läßt, oder bloß so thut, als wollte es; ob der Bund das Einrücken der Preußen zuläßt, oder übel nimmt, oder verhindern will, oder kann, oder selber mit einrückt, wie denn schon einige Zeitungen wissen wollen, daß auch österreichische Kaiserjäger nach Hessen bestimmt seien. Fassen wir uns daher in Geduld! Durch die kurhessische Affaire ist die preussische Thronrede und der dortige Landtag etwas ins Hintertreffen gekommen. Man findet hier und da die Thronrede (Nr. 79) etwas gereizt, in derselben eine Voreingenommenheit gegen die aus den Wahlen hervorgegangene jetzige Volksvertretung spürbar; man vermißt ein Wort über die Kammerauflösung und meint, die preuß. Minister hätten aufgelöst, um eine Ja-Kammer durch Wahlmanöver zu bekommen und da dieß gänzlich mißlungen, hätten die Minister der Kammer Süßigkeiten entgegengebracht, wie die Aeltern, die Kinder zum ersten Male in die Schule bringen, diesen Zuckerdüten geben, um sie die gepöferte Lust der persönlichen Freiheit vergessen zu machen. So viel steht fest, die preuß. Thronrede lautete befriedigender, als man sie von dem gegenwärtigen Ministerium erwartete, und hatte dieses rückwärtsliche Absichten, so hat es dieselben entweder selbst aufgesteckt, weil es keinen Stapfen Bahn dazu sah, oder der Preußenkönig hat ihm selbst den einzuhaltenden Weg vorgeschrieben. Die Fortschrittskammer scheint in Folge dessen etwas unschlüssig, was weiter zu thun. Wie Blücher dem Ministerium zu Leibe gehen, bloß weil man ihm etwas Gutes, Lust und Geschick zum Bessern und Nachgeben nicht zutraut, das geht denn doch nicht, da ja wirklich gebessert wird und in einzelnen wichtigen Punkten nachgegeben worden ist; das verbietet schon die, wenn auch anscheinend gereizte, doch vielfach befriedigende und entgegenkommende Thronrede. Wir meinen, es werde, wenn es noch zu einer Antwort auf die Thronrede kommt, diese eben auch gemäßigt und entgegenkommend zum Monarchen sprechen, der gegenwärtige kurze Landtag seine Vorlagen erledigen und bis nächsten Winter dann Abkühlung genug zu einer vollen Verständigung gewonnen sein.

Auswärts zuckt und gährt's immer noch fort. In Polen ist die Volksaufregung ärger, als je, und wenn selbst russische Offiziere mit zu den Krakehlern

gehören, so ist dieß kein gutes Zeichen. In Italien wollten die Garibaldianer wieder Tollheiten machen. Weil diese sich darauf eingerichtet hatten, in Griechenland mit revolutionären zu helfen, die griechischen Wühlhuber aber sich deren Mithilfe verbat, so wollten sie, um das Geschäft nicht zu verlernen, in Welschtyrol einfallen. Aber die italienische Regierung legte ihnen das Handwerk und darüber ist Garibaldi sturmboße und schreibt Briefe über Briefe, wie denn dieser Mann überhaupt zum Brieffschreiben sonderliche Neigung haben muß. — Der englisch-spanisch-französische Bund zur Herstellung der Ordnung in Mexiko ist gänzlich aus dem Reime; die Engländer haben schon früher nichts mehr von der mexikanischen Expedition wissen wollen, jetzt sind auch die Spanier ihnen gefolgt. Der spanische General Prim hat seine Soldaten wieder einschiffen lassen und thut nimmer mit, weil, wie er offen sagt, Louis Napoleon da drüben in Mexiko einen Thron für den österr. Erzherzog Max aufrichten wolle, wovon beim Beginn der Expedition keine Rede gewesen sei. Die Franzosen geben durchaus nicht zu, daß ihre Absicht dahin gehe, dort einen Thron aufzurichten; das mexikanische Volk solle selbst abstimmen, wie es sein Staatswesen einrichten wolle. Nun wissen wir freilich Alle, daß durch eine Abstimmung, welche Franzosen veranstalten, unbedingt ein Thron in Mexiko aufgerichtet werden würde, falls dieß Louis Napoleons Absicht wäre. Die Nordamerikaner (d. h. der Nordbund), die ohnedieß ein Einmengen Europa's in amerikanische Händel für unbefugt halten, scheinen als Republikaner das Aufrichten eines Thrones in Mexiko durch die Rothhosen auch zu fürchten und nicht gerne zu sehen, und da ihnen, in Folge ihrer neuesten Siege über den Südbund der Kamm geschwollen ist, den Mexikanern Beistand versprochen zu haben. Gewiß ist, daß die Eroberung von Mexiko, wenigstens die Einnahme der Hauptstadt und das Zerstreuen der mexikanischen Heere den Rothhosen nicht übermäßige Anstrengung kosten wird; ob es aber gelingen dürfte, in weniger als mehreren Jahren dort haltbare Zustände herzustellen, erscheint zweifelhaft. Zudem wird eine solche Herstellung mit einem Throne an der Spitze Frankreich Geld, viel Geld kosten, während es doch schon recht anständig verschuldet ist, und ob nicht ein von den Rothhosen in Mexiko aufgerichteter Thron wieder umfallen, oder umgeworfen werden würde, sobald der letzte Sohn der großen Nation in Veracruz sich nach dem schönen Frankreich zurück eingeschiffet hätte, das wäre am Ende eine oder keine Frage.

Zeitungen.

Sachsen. Dresden, 22. Mai, 2 Uhr. Der Landtag ist heute Vormittag 11 Uhr im Landhause im Namen des Königs vom Staatsminister von Beust eröffnet worden. Die Eröffnungsrede lautet:

Meine hochzuverehrenden Herren!

Sie sind berufen, in einer Frage von weittragender Bedeutung die Stimme des Landes vernehmen zu lassen. Ihren Berathungen und Beschlüssen ist die letzte Entscheidung darüber vorbehalten, ob Sachsen einem Vertrage seine Zustimmung ertheilt, der nicht allein in seine materiellen Interessen tief eingreift, sondern auch der volkswirtschaftlichen Entwicklung unseres deutschen Gesamt Vaterlandes eine wesentlich bestimmte Richtung zu geben geeignet ist.

Die königlich preussische Regierung hat, nachdem sie von sämtlichen übrigen dem Zollverein angehörigen Staaten ermächtigt worden war, mit der kaiserlich französischen Regierung wegen Vereinbarung eines Handelsvertrags in